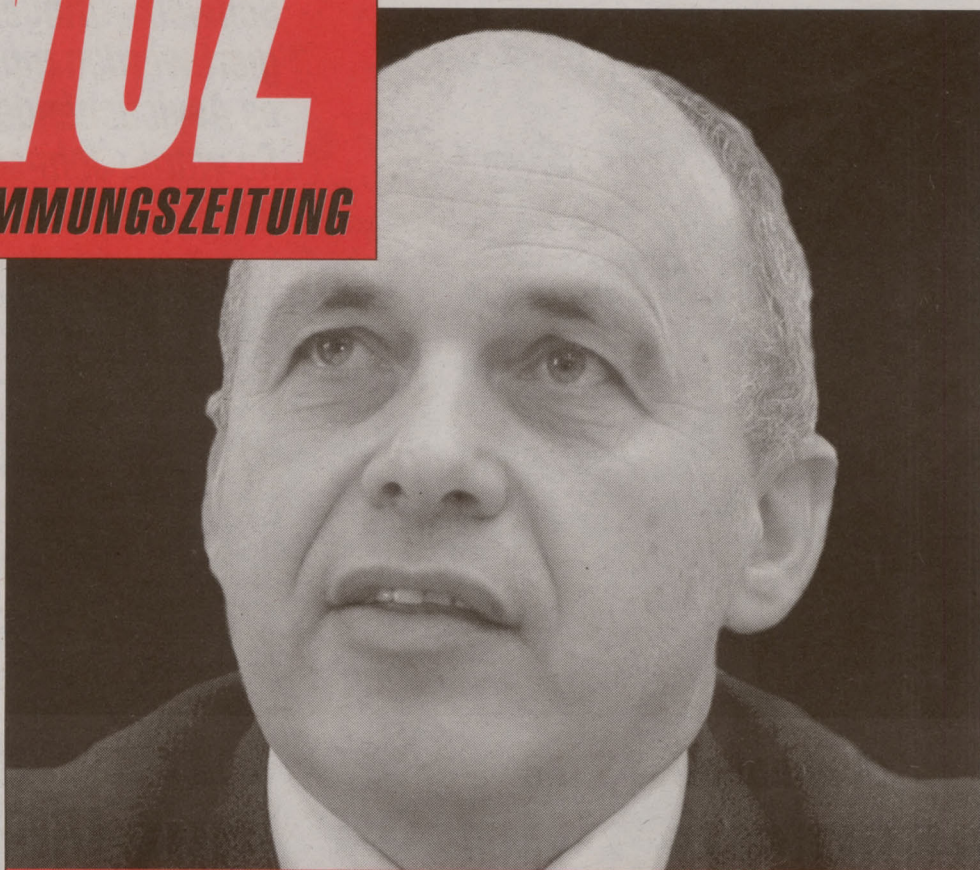


WoZ
ABSTIMMUNGSZEITUNG

Wer bedroht die Schweiz?



**UELI M.
IST PRÄSIDENT DER SVP.
ER FORDERT:**

- fast monatlich den Rücktritt eines Schweizer Bundesrats.
- dass die Schweiz die Milliarden der AHV an der Börse riskiert.
- massive Steuergeschenke für hohe und höchste Einkommen.
- weniger oder keine Sozialleistungen für Arbeitslose und Mütter.
- mit der so genannten Prämiensenkungsinitiative die Zweiklassenmedizin.
- dass man politisch Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge von der Sozialhilfe abhängig macht, «weil es sinnvoller ist, als sie arbeiten zu lassen».
- dass die Schweiz mit der unpraktikablen Asylinitiative ihren Ruf riskiert.
- Ueli Maurer hat sechs Kinder.

FOTO: KEYSTONE



**JOHNSON B.
BEDIENT ZUGREISENDE MIT DER MINIBAR.
ER ERZÄHLT:**

- Ich war Übersetzer in der Republik Kongo. Ich kritisierte einen Minister und wurde von der Polizei gefoltert. Mein Haus wurde auf den Kopf gestellt. Mit Glück gelang mir die Flucht in die Schweiz.
- Ich bezahle AHV-Beiträge. Zehn Prozent meines Lohnes werden abgezogen für Kosten, die ich dem Asylwesen nie verursache.
- Hier bin ich eine vergeudete menschliche Ressource. In der Republik Kongo wäre ich mit meinen vier Universitätsdiplomen ein wohlhabender Mann.
- Die Schweiz ist ein tolerantes Land. Es gibt nur wenige Rassisten hier. Die Leute respektieren die harte Arbeit, die ich leiste.
- Ich habe vier Kinder zu Hause, die ich seit meiner Flucht 1998 nicht mehr gesehen habe.

FOTO: MARGARETA SOMMER

Sind wir Mäuse? Schönwetterkapitäne? Feiglinge?

**Politiker lügen gern.
Besonders, wenn Wahlen
bevorstehen. Sie werden
nun fünf Lügen hören:**

1. Die SVP-Asylinitiative richtet sich nicht gegen echte Flüchtlinge. 2. Sie richtet sich nur gegen den Missbrauch. 3. Sie reduziert Kosten und Bürokratie. 4. Sie reduziert die Kriminalität. 5. Sie funktioniert.

DIE VERLOGENE DRITTSTAATENREGELUNG

Der zentrale Punkt der SVP-Initiative lautet, dass Einreisende sofort zurückgeschafft werden, wenn sie über ein sicheres Drittland einreisen. Mit einem Schlag werden somit 95 Prozent aller Flüchtlinge illegal.

Folge 1: Gefolterte und Abenteurer, Verfolgte und nicht Verfolgte werden ohne Ansehen der Person in einen Topf geworfen. Das Asylrecht wird faktisch abgeschafft.

Folge 2: Sämtliche Flüchtlinge sind also illegal in der Schweiz und sollen sofort ausgeschafft werden. Nur wohin? Die Nachbarländer weigern sich. Die Wegweisung ist – typisch für SVP-Scheinselösungen – unpraktikabel.

Folge 3: Eine Menge unrückführbarer Leute sammelt sich in der Schweiz an: ohne Arbeitserlaubnis, ohne Prüfung der Fluchtgründe, ohne Perspektive, ohne Arbeitserlaubnis, ohne Ausbildung. Pures Dynamit.

Folge 4: Die SVP-Initiative zwingt auch den Ehrlichsten zur Lüge: Nur die Dümmsen werden nicht die Pässe vernichten und die Beamten über den Reiseweg anlügen. Was würden Sie tun?

Folge 5: Ein bürokratisches und menschliches Chaos: Niemand kann mehr beurteilen, niemand korrekt ausgewiesen werden.

DIE GEMEINEN SCHIKANEN

Angeblich um Kosten zu senken, fordert die SVP Vereinheitlichung der Versorgung von Flüchtlingen. Und zwar ausschliesslich durch Sachleistungen.

Folge 1: Bis jetzt regelten dies die Kantone. Der Bürokratismus der SVP verdonnert nun den Bund dazu. Die Umstellung kostet das Schweizer Volk allein 100 Millionen.

Folge 2: Da es keine echten Flüchtlinge mehr gibt, kann auch niemand arbeiten. Obwohl Branchen wie Bauern und Gastronomie darauf angewiesen wären. Dafür liegen die Leute dem Bund auf der Tasche: Das kostet rund 35 Millionen Franken. Jährlich.

Folge 3: Da Sozialleistungen nur noch in Kleidung, Unterkunft, Essen ausbezahlt werden, wird den Flüchtlingen jede Eigeninitiative genommen. Langeweile und Hoffnungslosigkeit grassieren.

Folge 4: Die Folge der SVP-Initiative sind nicht weniger Leute, sondern weniger echte Flüchtlinge – und mehr Kriminalität. (Was würden Sie tun, wenn Sie jahrelang kaserntiert wären?)

ABER – WAS ZÄHLT DAS?

Die SVP-Asylinitiative schafft also mehr Chaos, mehr Kosten, mehr Bürokratie und Kriminalität. Das alles sind starke Argumente für ein NEIN am 24. November.

Aber das stärkste Argument ist ein anderes. Es fragt sich, warum die SVP eine derart untaugliche Initiative propagiert.

Das Argument lautet: Hinter der SVP-Initiative steckt bodenlose Gemeinheit. Es ist eine Gemeinheit, echten Flüchtlingen keine Chance zu geben. Eine Gemeinheit, Leute aus Furcht zum Lügen zu zwingen. Eine Gemeinheit, sie ohne Arbeit zu einem Leben als lebende Leichname zu zwingen. Und eine Gemeinheit, die eigenen WählerInnen zu belügen, dass damit alles besser werde.

Sicher. Wir leben in unsicheren Zeiten. Manager versagen, Firmen schrumpfen, die Börse kränkt. Der Himmel sieht – schon gar in der weltweiten Politik – nicht rosig aus. Aber: Wer sind wir: Mäuse? Feiglinge? Schönwetterkapitäne?

Die Grösse eines Menschen wie eines Landes erweist sich, wenn es nicht einfach ist. Dann ist etwas Mut, etwas Herz, etwas Verstand und etwas Gutmütigkeit gefragt. Nicht viel. Aber genau so viel Mut, wie man braucht, bei streitenden Nachbarn zu klingeln, so viel Grosszügigkeit, einem Freund in Not Geld zu leihen, so viel Herz, ein verlaufenes Kind nach Hause zu bringen.

Verlangt wird nicht Sentimentalität. Sondern etwas Verstand und ein guter Nachbar zu sein. Der SVP mangelt es an allem: Ver-

stand und Anstand. Gierig auf ein paar Prozent bei den Wahlen betrügt sie die Wähler. Und lügt auf Kosten von Schwächeren. Und verschärft mutwillig Probleme.

Sicher: Asylbewerber sind nicht alles Engel. Sie sind grösstenteils Leute wie du und ich – nur fern der Heimat, der Familie, ohne Vermögen in einem fremden Land. Die Rechtspraxis ist bereits heute alles andere als grosszügig. Die Prüfungen sind pingelig genau, die Formulare endlos, die Hürden hoch. (Sie kennen unsere Beamten: Glauben Sie wirklich, sie sind Ihnen gegenüber kleinlicher als gegenüber Dahergelaufenen?)

Grund genug, jene wenigen, die Verfolgung, Folter und Prüfung überstanden haben, aufzunehmen. In den fünfziger und sechziger Jahren nahm die Schweiz zehntausende aus Ungarn und der Tschechoslowakei auf. Kein Problem. In den Siebziger agitierte Schwarzenbach gegen die «kriminellen», «sich unkontrolliert vermehrenden» Italiener. Haben wir heute ein Problem damit? In den Achtzigern wetteten Inserate gegen «Lederjacke tragende» und «Schutzgeld erpressende» Tamilen. Wie viele Wirte wären verloren ohne sie?

Es ist also Augenmass gefragt. Wir können wählen: zwischen 200 Jahren Schweizer Tradition und fünf SVP-Lügen, zwischen minimaler nachbarlicher Grosszügigkeit und maximaler Kleinlichkeit, zwischen Anstand und Angstmacherei. Es ist nicht zuletzt eine Frage des Stolzes.

Die Wahl kann nur wie folgt lauten: NEIN zur Asylinitiative der SVP!

wussten sie, ...

... dass in der Schweiz letztes Jahr 21000 Asylgesuche eingereicht wurden, also eines pro 350 Einwohner?

... dass bis zu fünfzig Prozent der Asylsuchenden in der Schweiz aus Bürgerkriegsländern kommen und dass sie hier kein Asyl bekommen, sondern bestenfalls die vorläufige Aufnahme?

... dass Asylsuchende in der Schweiz für Nahrung und Kleidung pro Tag neun bis zwölf Franken bekommen, je nach Kanton?

... dass Asylsuchende von der Fürsorge 20 bis 50 Prozent weniger bekommen als Schweizer?

... dass Asylsuchende nur mit der Zustimmung der Behörden zum Arzt dürfen?

... dass der Bund letztes Jahr eine Milliarde Franken für den Asylbereich ausgegeben hat? Dass die Fürsorgekosten den Löwenanteil ausmachen, nämlich 738 Millionen Franken? Und dass dieser Betrag sofort halbiert werden könnte, wenn man Asylsuchende arbeiten liesse?

... dass Asylsuchende in der Schweiz erst nach sechs Monaten arbeiten dürfen? Und dass sie eine Stelle nur annehmen dürfen, wenn sich kein Schweizer und keine Ausländerin mit einer Niederlassungsbewilligung dafür finden lässt?

... dass 75 Prozent aller Flüchtlinge der Welt in Asien und Afrika leben, 20 Prozent in Europa und weniger als ein halbes Prozent in der Schweiz?

... dass über eine halbe Million Schweizer BürgerInnen sich im Ausland niedergelassen haben?

... dass die Schweiz extrem zurückhaltend ist mit Einbürgerungen? Bei einer durchschnittlichen europäischen Einbürgerungsrate läge der Ausländeranteil in der Schweiz unter zehn Prozent. Würde die Schweiz alle Menschen einbürgern, die hier geboren sind oder seit über fünf Jahren hier leben, betrüge der Anteil magere sechs Prozent.

... dass die grosse Mehrheit der Asylsuchenden sich korrekt verhält? Dass die meisten der wenigen schwarzen Schafe ungefährliche Kleingauer sind? Dass wirklich Kriminelle kein Asyl bekommen, sondern verhaftet, verurteilt und ausgewiesen werden?

... dass es den Drogendeal in der Schweiz schon gab, bevor Asylsuchende aus Westafrika kamen, und dass man ihn nicht mit der Verschärfung des Asylrechts stoppen kann?



Luxus?

Die SVP glaubt, dass «das Bild der grosszügigen Schweiz» dringend korrigiert werden muss, weil es Asylsuchende anzieht. So wurde Johnson B. in der Schweiz «verwöhnt»:

Obwohl er Französisch spricht, wurde er nach seiner Ankunft nach Zollikofen gewiesen. Zuerst wurde er in einer Zivilschutzanlage untergebracht. Er teilte sich ein Zimmer im Keller mit zwölf Asylbewerbern. Sie schliefen in Kajütenbetten. Um zehn Uhr nachts wurde die Anlage abgeschlossen.

Sackgeld gab es damals keins. Wer die Toiletten putzte, bekam drei Franken, wer in der Küche half, fünf. Nur gab es mehr hilfsbereite Leute als Jobs. So kam Johnson B. nie auf mehr als zehn bis zwanzig Franken pro Woche.

Später konnte er an einem Beschäftigungsprogramm teilnehmen. Für die Firma Futura setzte er Lampen zusammen. Er arbeitete wie die gewöhnlichen Angestellten. Doch sein Lohn ging direkt an die Gemeinde. Er selber bekam weniger als vierhundert Franken im Monat.

Nach acht Monaten wurde er in ein Haus an einer Berner Umfahrungsstrasse verlegt. Dort gab es achtzig Franken Sackgeld, einen Schlüssel und ein Bett in einem Sechsserschlaf.

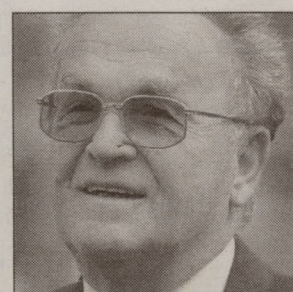
So lebte er sechs Monate. Danach bekamen er und sein bester Asylkollege eine kleine Wohnung. Als er einen Job im Zug als Minibarverkäufer fand, musste er über einen Drittel seines Lohnes für die Miete der Wohnung bezahlen.

Nach über drei Jahren haben die Schweizer Behörden das Folteropfer Johnson B. noch immer nicht als Flüchtling anerkannt oder auch nur vorläufig aufgenommen. Wenn er den Briefkasten leert, muss er jeden Tag mit der Aufforderung rechnen, das Land innerhalb von 45 Tagen zu verlassen.

«Es ist weniger demütigend, im Gefängnis eines Diktators zu schmoren als von einem demokratischen System ungerecht behandelt zu werden», sagt er, der beides erlebt hat.

Nein! Wir lassen uns von der SVP nicht einschüchtern!

Die SVP versetzt viele Schweizer in Angst. Auch Politiker: Viele machen Konzessionen. Darum hat die SVP-Asylinitiative ihre Ziele zum Teil schon vor der Abstimmung erreicht. Aber nicht alle beugen sich dem Terror.

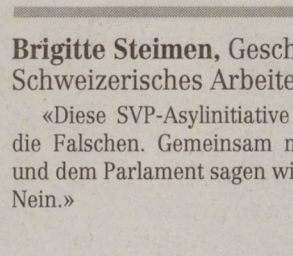
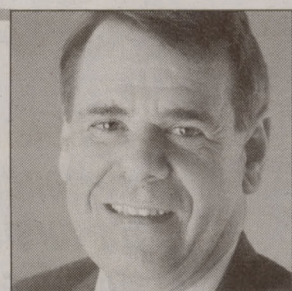


Otto Stich, alt Bundesrat

«Statt sich von der SVP erpressen zu lassen und sich ihren fremdenfeindlichen Positionen anzunähern, sollten die Politiker an die Uno-Abstimmung denken. Die Schweizer sind stolz auf ihre humanitäre Tradition. Diesen Ruf lassen sie sich von der SVP nicht kaputt machen. Ich stimme Nein am 24. November – übrigens zweimal.»

Charles-Albert Antille, FDP-Nationalrat

«Im Parlament wurde die Initiative als unrealistisch, unmenschlich und rassistisch qualifiziert. Falls an der Urne ein Ja herauskommen sollte, zerstören wir das, was noch bleibt von unserer Tradition als Aufnahmeland, welche der Schweiz Ehre macht. Diese Volksinitiative muss unbedingt abgelehnt werden.»



Brigitte Steimen, Geschäftsführerin Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
«Diese SVP-Asylinitiative trifft einmal mehr die Falschen. Gemeinsam mit dem Bundesrat und dem Parlament sagen wir am 24. November Nein.»



Michael von der Heide, Chansonnier

«Ich lasse mich von niemandem einschüchtern, schon gar nicht von der SVP. Der Schweiz geht es gut, die finanziellen Schreckensszenarien der SVP sind Unsinn. Wir können uns ein gerechtes Asylwesen leisten. Die Annahme der Initiative wäre eine Schande. Aber ich bin zuversichtlich: Die SVP und ihre Asylinitiative gehen bachab.»



Franz Steinegger, FDP-Nationalrat

«Die immer aggressivere Politik Blochers ist brandgefährlich. Im Kampf gegen seine extremistischen Methoden ist der Freisinn besonders gefordert. Die SVP-Asylinitiative, die weit übers Ziel hinausschiesst, wird abgelehnt. Auch von uns.»

WEN TRIFFT ES MORGEN?

SVP-Terror – Das sind die Ziele

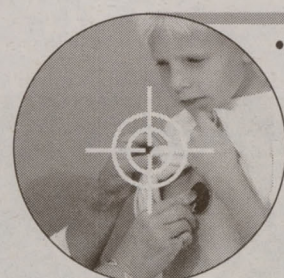
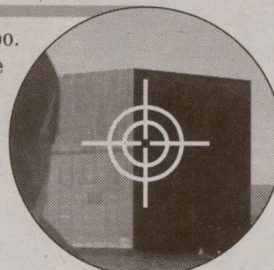
Asylsuchende sind nicht die Ersten. Der SVP-Terror trifft alle, sogar ihre Wähler und ihre politischen Freunde. Niemand ist vor der SVP sicher:

• **Politische Partner:** Wo immer sie kann, verhöhnt die SVP ihre bürgerlichen Partnerparteien. Passt es ihr, nennt sie die FDP «Weichsinnige», attackiert CVP-Bundesräte, schert in Sachfragen aus und wirft ihren Partnern jeden Unsinn, sogar «Sozialismus» vor.



• **Konsumenten:** Die SVP versuchte dieses Jahr im Nationalrat mit allen Mitteln, ein griffiges Kartellgesetz zu verwässern. Folge: Profit für Grossverteiler und Grossimporteure (z.B. SVP-Autoimporteur Frey). Der Konsument zahlt die Zeche. Ebenso beim Steuerpaket: Die SVP verlangt Milliarden Steuersenkungen – aber nicht für die kleinen Leute, sondern bei der direkten Bundessteuer, die nur Reiche und Konzerne wirklich betrifft.

• **Expo:** Jeder zweite Schweizer besuchte die Expo. Man war stolz auf die Landesausstellung. Nur die SVP wollte nicht mitmachen. Nörgelte über die hohen Kosten – und hätte mit vorzeitigem Abbruch fast gleich hohe verursacht. Aber ohne Stolz. Und ohne Expo-Sommer.

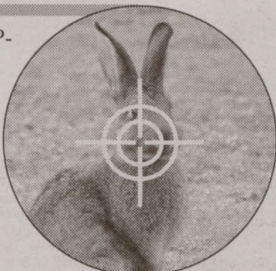


• **Patienten:** Die SVP kämpft gegen Parallelimporte von billigeren Medikamenten – auf dem Buckel der Patienten zugunsten der Pharmamultis. Mit Parallelimporten wären Medikamente um bis zu fünfzig Prozent billiger.



• **Arbeitslose:** Den Job verloren – und sofort im Visier der SVP! Die SVP beschimpft Arbeitslose pauschal als «Schmarotzer» und empfiehlt in der Arbeitslosenversicherungs-Abstimmung vom 24. November die Kürzung der Bezugsdauer um 120 Tage. Dies trifft vor allem Junge und Ältere. Dafür zahlen Grossverdiener neu keinen Solidaritätsbeitrag mehr. Und dies mitten in der Wirtschaftskrise.

• **Tiere:** Mit einem Überraschungscoup bodigte SVP-Nationalrat Caspar Baader 1998 die Änderung des Tierschutzgesetzes. Wer ein Büsi tötete, blieb juristisch gesehen nur der «Sachbeschädigung» schuldig. Erst diesen Sommer kam unter dem Druck der Tierschützer ein vernünftiges Gesetz.



• **Rentner:** Wenn die SVP könnte, wie sie wollte, würden wir alle zwei Jahre länger arbeiten! Noch im Jahr 2000 schlug die SVP das AHV-Alter 67 vor. Plante, mit den AHV-Geldern an der Börse zu spekulieren. Und krebste erst nach mutigen Protesten aus der Bevölkerung zurück.



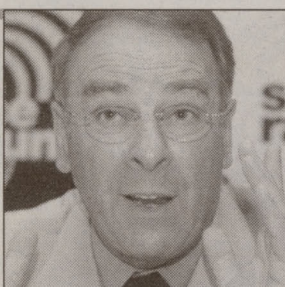
• **Schwule:** Die SVP versuchte in Zürich eine wirkungsvolle Aids-Prävention zu sabotieren. Und sie trat gegen die registrierte Partnerschaft an. Die Folgen wären gewesen: keine gegenseitige Verantwortung, keine Erbschaften, keine Spitalbesuche für Lesben und Schwule. Das Zürcher Stimmvolk schmetterte beide SVP-Referenden an der Urne ab.



• **Frauen:** Die SVP hat kaum Frauen an ihrer Spitze. Trotzdem behauptet sie, sie habe nichts gegen Frauen. Eine Lüge: Sie bekämpft alle Institutionen, die Frauen nützlich sein können: Frauenhäuser, Mädchentreffs, Kinderkrippen, Gleichstellungsbüros.

Kurz: Die SVP ist eine Sniper-Partei – aggressiv, unberechenbar, bösartig. Stoppen wir sie! Mit einem NEIN am 24. November – und bei den Wahlen 2003.

Adolf Ogi, zzt. Uno-Sonderbotschafter
«Ich sage nur: Ich weiss, wie der Bundesrat gerungen hat. Und darum bin ich auch in dieser Frage wie immer einer Meinung mit dem Bundesrat.»



Joy Matter,
ehemalige Gemeinderätin von Bern
«Gertrud Kurz, die Flüchtlingsmutter aus Bern, intervenierte 1942 bei Bundesrat Eduard von Steiger gegen die Grenzschliessung. Heute ist es an uns, an der Urne zu intervenieren und der menschenverachtenden Asylinitiative der SVP entgegenzutreten.»

Impressum

Die WoZ-Abstimmungszeitung November 2002 ist eine Beilage der Wochenzeitung WoZ.
Redaktion: Urs Bruderer, Constantin Seibt, Nicole Ziegler
Korrektur: Susanne Brugger, Cécile Burri, Bettina Dytrich
Layout: Sani Jordi
Bildredaktion: Gertrud Vogler
Inserate: Kilian Gasser
Bilder: Ex-Press, Keystone, Margareta Sommer
Verlag: Genossenschaft Infolink, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich; Telefon/Fax 01 448 14 14/15, www.woz.ch

Sie sind ...

- ☐ liberal
- ☐ links
- ☐ konservativ und klug, also gegen die SVP

und Sie sind ...

- ☒ für furchtlosen Journalismus sowie
- ☒ gegen die boshafte und nutzlose Asylinitiative

dann:

offeriert Ihnen die WoZ politisches Asyl:

- ☐ ein Jahresabo für 235 Franken
- ☐ oder ein Touristenvisum: acht Ausgaben für nur 20 Franken

Unbürokratisch, ohne Papierkrieg:
über Telefon 01 448 14 44 oder www.woz.ch
WoZ – gegen Angst, schlechte Laune und SVP



2x Nein

am 24. November

**Flüchtlinge
brauchen
Schutz –
Erwerbslose
brauchen
Solidarität.**

Nein

**zur SVP-Asyl-
Missbrauchs-
initiative**

Nein

**zur Verschärfung
der Arbeitslosen-
versicherung**

DJS JDS GDS

Demokratische Juristinnen
und Juristen Schweiz –
der Verband von engagierten
JuristInnen und AnwaltInnen

www.djs-jds.ch
info@djs-jds.ch

Weitere Informationen unter:

www.asylinitiative.ch
www.sosf.ch
www.sgb.ch



Am 24. November:

NEIN zur SVP-Initiative gegen Flüchtlinge

Organisationen: Solidarité sans frontières; Grüne Partei Schweiz; Sozialdemokratische Partei Schweiz; BASTAI Basel; Beratungsstelle Nottelefon für Frauen - gegen sexuelle Gewalt, Zürich; CaBI, Antirassismustreffpunkt, St. Gallen; C.E.D.R.I Comité européen pour la défense des réfugiés et immigrés; CNG, Christl. nat. Gewerkschaftsbund; Gewerkschaft Comedia, Bern; CRAN, Carrefour de Réflexion et d'Action contre le Racisme Anti-Noir; DJS, Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz; Europäisches BürgerInnenforum; FemCo; FGS, Frauengewerkschaft Schweiz, Bern; FZ, Fraueninformationszentrum für Frauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika u. Osteuropa, Zürich; FraB, Frauenliste, Basel; Flüchtlingsgruppe Dreifaltigkeit, Bern; FgR, Forum gegen Rassismus, Bern; FrAu, Frauenrat für Aussenpolitik; Frauen für den Frieden Schweiz; GBI, Gewerkschaft Bau und Industrie; Gewerkschaftsbund, Winterthur; Grünes Bündnis, Bern; Grüne Partei, Basel; IGA, Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen, Basel; Nord-Süd XXI, O.N.G. des Droits de l'Homme, Genève; Politische Frauengruppe, St. Gallen; Schweizer Friedensrat, Zürich; SGB, Schweiz. Gewerkschaftsbund; Toleranz95, Chur; Zürcher Freiplatzaktion für Asylsuchende, Zürich; **Einzelpersonen:** Eva Alder, Lehrerin, Zürich; Francesca Bardel, Buchs; Christine Barraud-Wiener, Dr. phil. Historikerin; Samuel Wiener-Barraud, Dr. med. Psychiater; Bauer Tobias, Bern; Peter Ernst Bernoulli, Pfarrer/Kirchenmusiker; Gertrud Bernoulli-Beyerle, Pfarrerin; Prof. Daniel Bernoulli, Jean-Eric Bertholet, ref. Pfarrer, Biel; Wolfram Besch, Basel; Iris Bischof, Jugendarbeiterin/Spielpädagogin/Animatorin, Zürich; Roger Blum, Professor für Medienwissenschaft, Universität Bern; Hans Bolthaler, Kerzers; Wilfried Bolliger, Filmschaffender; Trix und Werner Brenner, Knorau; Susanne Brugger, Aarau; Daniel Burgi, Muri; Andreas Burni, Prof. de Musique; Heinrich Busch, freier Journalist; Hans Ulrich Buschi, alt. Grossrat (FDP); Claude Calame, Professeur à l'Université de Lausanne et à l'HESS, Paris; Graziella et Nicolas de Coulon, Territet; Michelle Cottier, Demokratische Juristinnen, Basel; Fitzgerald Crain, Basel; Mary Delpy, Reinach; Christine Dellsperger, Bern; Roswitha Ebner-Golder, pasteur; Guido Ehler, Rechtsanwalt, Basel; Monique Eichenberger-Fronnel, Joachim Finger, Pfarrer; Jürg Frischknecht, Journalist, Zürich; Valérie Garbani, Conseillère nationale PS/NE; Roland Gasser, Psychologe; Ruth Gerseth, a. Nationalrätin, Liestal; Mauro Gorgi, Lehrer, Hedingen; Gisela Grimm, Solidarité sans frontières; Franziska Grob, lic. phil. Basel; Sabina Günzinger, Gabriela Gwerder, Rechtsanwältin; Christof Haag, Lommis; Christian Hacker, pol. Sekretär SP/SG; Philipp Hadorn, Gemeinderat, Gewerkschaftssekretär SEV, Regionalpräsid. Comedia, Gerlafingen; Annebeth Häusermann, Sozialpädagogin, Basel; Markus Heer, Heimleiter, Eschensch; Christoph Hefel, Lehrer, Zürich; Hannes J. Heuberger, Architekt; Dr. med. Mariann Hinden; Hans Hödi, Turneg/Tomis; Agnes Hohl, Zürich; Klaus Hoppmann-König; Marianne Hostettler, Sozialarbeiterin, Bern-Bethlehem; Daniel Huber, lic. phil. Ethnologe, Zürich; Roland Hutter, gymnasialer retraité, Lausanne; Dr. med. Cynil Jeger, Allgemeinarzt, Redaktor Brennessel, Otten; Regula Keller, Lehrerin, Bern; Rosmarie u. Heinrich Kienholz, Walkringen; Annemarie Kloter, pens. Lehrerin; Helen Koblet, Lehrerin, Zürich; Florianne Koechlin, Münchenstein; Dr. Judith König; Barbara Kückelmann, Theologin, Bern; Robert Kull, St. Gallen; Kunstkeller Bern, Dorothe Freiburghaus; Anni Lanz, Solidarité sans frontières; Jeanette Leu Müller, Schaffhausen; Elisabeth Lindner, Klinik-Seelsorgerin, Balsthal; Bernhard Lindner, Theologe/Pädagoge, Balsthal; Albert Lischer, Luzern; Roga List, Raminsburg; Anna Locher, Historikerin, Zürich; Frieda Lüscher, Minusio; Dr. Walter Lüthi, Dornach; Andreas Marin, Liestal; Nathalie Mattmann, Lehrerin; Jürg Meyer; Marianne Morgenthaler, Grossrätin GFL; Andreas Möri, Pfarrer; Geri Müller, Fraktionspräsident Grüne, Baden; Dr. med. H.R. Müller-Nienstedt, Kreuzlingen; Dr. phil. Yuka Nakamura, Zürich; Pierre-Alain Niklaus, Basel; Beat Oberholzer, Allschwil; Alexandra Ott, Sozialwissenschaftlerin, Zürich; Karin Ottiger, VPOD-Regionalsekretärin; Maja Pavoni, Sprachlehrerin; Nicolas Pepin, Universität Basel; Margret Powell-Joss, Übersetzerin, Bern; Bigna Rambert Sprenger, Zürich; Heidi und Reinhold de Quervain, Burgdorf; Jean-Claude Rennwald, Conseiller national PS/JU; Hanspeter Riederer, Rechtsanwalt; Hans Rohrer, Pratteln; Markus Roost, Muttentz; Georges Rossier, Basel; Elisabeth Rytter, Bern; Dr. phil. Annemarie Sancar, Stadtratspräsidentin Grünes Bündnis, cfd, Bern; Sarisavas Dimitris; Walter Schallbaum, Berufsschullehrer, Winterthur; Brigitta Schärer, Supervisorin, Ostermündigen; Christian Schiess, Skon; Maximilian Schürmann, Luzern; Peter Sijerist, SGB-Sekretär, Bern; Florian Sonderegger, Binningen; Marc Spescha, Rechtsanwalt; Theres Spärg-Huber, Theologin/Supervisorin, Malters; Ludwig Spärg-Huber, Theologe, Mitarbeiter Interteam, Malters; Peter Stalder, Kloten; René u. Johanna Steinbach-Jegge, Pratteln; Lotti Stolz; Hans Stursenegger, Bern; Verena Tanner, Lehrerin, Basel; Franziska Teuscher, Nationalrätin Grünes Bündnis, Bern; Gregor Thaler, lic. jur., Amnesty International Lawyers Group; Marie-Louise u. François Tshibubua-Roth, Basel; Andrea Tognina, Historiker und Journalist; Fritz Tüller, Frieswil; Ursula Uhlmann-Walter, Schaffhausen; Sophie Vögele, Gemüsegärtnerin; Ursula Walter, Psychoanalytikerin, Basel; Martha Weingartner, Erwachsenenbildnerin, Zürich; Sandra Wilhelm Hamiti, Bülach; Margrith Wyss Girardet, Rieden-Nussbaumen; Martin Zingg, Basel; Manfred Züfle, Schriftsteller; Katharina Zumburn, Krankenschwester, Meiringen; Hubert Zurkinden;



NEIN zur Asylinitiative der SVP. Am 24. November.

